

Bildungswunder

Rückblick auf die deutsche Wissenschaftszukunft

Frauke Hamann

Frank Nullmeier

Hamburg / Essen

Zukunftsfesseln

Der Umbau der Bildung in der Wissensgesellschaft war schließlich unumgänglich geworden: Vehemente Verweise auf die amerikanischen Verhältnisse im universitären Sektor, zahlreiche

auftrüttelnde Plädoyers¹ für ein wettbewerblich geprägtes und besonders die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigerndes, effizienteres Hochschulwesen wurden vorgebracht, darüber hinaus führten Vereinbarungen auf europäischer Ebene zur „Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden“² zur Besinnung auf die eigenen Befreiungs-, ja Zirkuskünste - zum Postulat der „entfesselten Hochschule“.³ Grundiert wurde die Debatte zur Krankheit wie zur Zukunft des deutschen Hochschulsystems von Meldungen über stagnierende Bildungs- und Forschungsausgaben,⁴ begleitet von Klagen über die daraus resultierende Unterausstattung der hiesigen Hochschulen wie über „strangulierende staatliche Regelungen“.⁵ Angesichts dessen konnte der überfällige Modernisierungsschub wohl nur mittels Verfahren gelingen, die - bei aller Unterstützung durch

¹ Roman Herzog: Berliner „Ruck“-Rede im Hotel Adlon, 26. April 1997, siehe: <http://www.bund.de>; George Turner: Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit, Berlin 2000; Artur Woll: Reform der Hochschulausbildung durch Wettbewerb, Berlin 2001

² Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister vom 19. Juni 1999: Der europäische Hochschulraum, Bologna 1999

³ Michael Daxner: Die blockierte Universität. Warum die Wissensgesellschaft eine andere Hochschule braucht, Frankfurt a.M./New York 1999; Detlef Müller-Böling, Die entfesselte Hochschule, Gütersloh 2000; Peter Glotz: Raus aus der Zwangsjacke!, in: DIE ZEIT Nr. 15, 4. April 2002

⁴ dpa-Dienst für Kulturpolitik, 25. Februar 2002

⁵ George Turner: Signal ist fällig, in: DUZ 6/2002, S. 25

europäische Politik und internationale Abkommen - an Münchhausen denken lassen.

Heute wird offenbar: Die deutsche Bildungspolitik hat eine rasante Entwicklung vollzogen und sich am eigenen Schopf aus der Hochschulmisere gezogen - die Bundesrepublik konnte sich als europäisches Kernland zur Nummer zwei der Weltwissenschaft emporarbeiten. Jedes Jahr stellt Deutschland mittlerweile einen oder zwei Nobelpreisträger,⁶ die Forschungsausgaben sind weit überdurchschnittlich zum BSP-Wachstum angestiegen,⁷ die deutschen Hochschulabsolventen gelten mittlerweile als hervorragend ausgebildet, der Angriff der australischen und US-amerikanischen Universitäten auf das europäische Hochschulsystem ist abgewehrt bzw. eingedämmt.⁸ In der Weltrangliste der Hochschulen ist Deutschland mit zwei Hochschulen unter den ersten zehn vertreten, eine dritte wird den Sprung in die Top Ten wohl in den nächsten Jahren schaffen. Zufrieden konnte der ehemalige Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und heutige Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Hochschulkuratoren, Prof. Dr. Klaus Landfried, Anfang dieses Jahres konstatieren: "Was wir erreicht haben, kann sich sehen lassen. Deutschland ist erneut Spitze in der akademischen Ausbildung. Man blickt wieder auf uns wie im 19. Jahrhundert. Wir haben dazu keinen zweiten Humboldt gebraucht - aber beharrliches Voranschreiten auf dem einmal für richtig befundenen Weg."⁹

Entfesselungskünste

Gerade im Ausland wird gefragt, wie diese von P. P. Licht zu Recht als „deutsches Bildungswunder“¹⁰ bezeichnete Entwicklung innerhalb von nur einer Dekade gelingen konnte. Zunächst ist einschränkend zu sagen: Sicherlich wurde nicht alles innerhalb der letzten Jahre auf den Weg gebracht, die meisten grundlegenden Ideen existierten bereits. Die 1990er Jahre boten eine Fülle von Konzeptionen, die aber nicht konsequent um-

⁶ Artikelserie „Die Nobelpreisträgerschmiede“, in DUZ 11-15/2010

⁷ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Hochschulstandort Deutschland 2010, Wiesbaden 2010

⁸ International German Organization for Higher Education Ranking and Evaluation: Standards, Quality Assurance, International Competitiveness, Annual Report 6 (2010), S. 4

⁹ Klaus Landfried: „Eine gute, eine sehr gute Bilanz“, in: DIE ZEIT Nr. 7, 15. Februar 2012

¹⁰ P. P. Licht: Das Bildungswunder, Hamburg 2011

gesetzt wurden.¹¹ Es gab viele Zögerlichkeiten, viele Bedenkenträger, viele rechtliche Hindernisse, auch neue Hürden wurden errichtet. Ebenso fehlte eine kohärente Vision der angestrebten Hochschulentwicklung.

Die Fülle der Modernisierungsimpulse musste erst zu einem implementierbaren und in sich stimmigen Reformplan zusammengefügt werden. Doch dann sorgte die ATLANTIS-Studie zum allgemeinen und fachbezogenen Wissensstand der deutschen Hochschulabsolventen¹² nach anfänglicher Untergangsstimmung für Auftrieb. Ihre niederschmetternden Ergebnisse gaben den Reformkräften den entscheidenden Schub. Erste HRG-Novellierungsschritte der Regierung Schröder/Westerwelle zwischen 2003 und 2004 hatten sich auf die lange geforderte Einführung von Studiengebühren in allen Studiengängen und die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen bzw. durch die Fakultäten selbst konzentriert.¹³ Die allgemein als „katastrophal“¹⁴ bezeichneten Resultate der universitären Ausbildung, wie sie die Anfang 2005 veröffentlichte ATLANTIS-Studie dokumentierte, führten zu einer kaum für möglich gehaltenen konzertierten Anstrengung aller politischen und hochschulpolitischen Kräfte. Nach Einigung mit den Unionsparteien beschloss die rotgelbe Bundesregierung den „Nationalen Bildungspakt“.¹⁵ Dieses umfangreiche Reformbündel veränderte das verfassungsrechtlich verankerte System der Kompetenzen in der Bildungs- und Hochschulpolitik zugunsten einer stärkeren zentralstaatlichen Finanzierung und Steuerung. Ein wesentliches Element des Nationalen Bildungspaktes von 2006 ist die inzwischen mehrfach verfeinerte rankingbasierte Steuerung der Hochschulfinanzen.

¹¹ Rückblickend: Hans-Uwe Erichsen: Vor dem großen Durchbruch. Zwei Jahrzehnte Hochschulpolitik und ihre Dynamik, Berlin 2009

¹² ATLANTIS-Studie: Studierendenleistungen im internationalen Vergleich, Berlin 2005

¹³ Jörg Dräger: Endlich auswählen dürfen. Von der neuen Freiheit der Hochschulen, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Dezember 2004

¹⁴ Spiegel-Titel Heft 7/2005: „PISA war nur der Anfang. Vom Untergang der deutschen Universitäten“

¹⁵ Gerhard Schröder: Chefsache „Nationaler Bildungspakt“. Zukunftsentwurf für das deutsche Hochschulsystem, Berlin 2006

Profilierungen

Nach dem aktuellen Hochschulranking zählen elf deutsche Universitäten zur europäischen und internationalen Spitzenklasse, weitere 24 gelten als „European High Quality“-Universitäten. Als „nationale Hochschulzentren“ werden 91 Einrichtungen geführt, knapp achtzig Hochschulen als regionale Versorgungsinstitutionen (Regional Higher Education Institution).¹⁶ Ein Bericht der Kultusministerkonferenz aus dem vorigen Jahr enthält Überlegungen, wie angesichts der angespannten Haushaltslage der Hochschulfinanzierungsanteil der Länder (seit 2006 70% Länderfinanzierung, 30% Bundesfinanzierung) effektiver eingesetzt werden kann. Durch Mittelumschichtung soll die Zahl der Spitzen- und High Quality-Universitäten erhöht werden, was zur Folge haben kann, dass eine Reihe von Hochschulen in die Klasse der Regionalversorgungseinrichtungen abgestuft wird.¹⁷ Alternativ wird den potentiell betroffenen Hochschulen die - in den letzten Jahren vielfach erfolgreiche - Fusion nahegelegt. Einen ersten Höhepunkt hatte die noch junge Fusionsbewegung im Wissenschaftssektor 2003 mit dem Zusammenschluss der vormaligen Gesamthochschulen Essen und Duisburg zur Universität Duisburg-Essen.¹⁸ Die positiven Erfahrungen führten zu mehr als 15 Nachahmungen, die der Hochschulfusionsbericht der KMK aus dem Jahre 2010 resümiert.¹⁹

Prominentester Fall in der Hochschulfusionsgeschichte war sicherlich die Integration der Freien Universität Berlin in die Humboldt-Universität zu Berlin. Nach der dramatischen Berlin-Krise 2004, bei der die Insolvenz der Stadt nur durch das Berlin-Hauptstadt-Gesetz und das daraus resultierende erhebliche finanzielle Engagement des Bundes abgewendet werden konnte, und flankiert vom Nationalen Bildungspakt, erfolgte die anfangs konfliktbeladene Verständigung auf die zentralstaatliche Förderung *einer* Hochschuleinrichtung in Berlin. Deklariert als „nationale Ex-

¹⁶ Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Hochschul-Klassifizierung, Berlin 210

¹⁷ HRK: Hochschulkompass 2010, Berlin 2010

¹⁸ Ingrid Blooss-Nicht: Fusionsfieber. Die sieben Schlüsselfaktoren einer erfolgreichen Hochschulfusion, Essen 2004; Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): „Gemeinsam stark“. Fusionen im Hochschulsektor – von der Vision zur Wirklichkeit, Gütersloh 2005

¹⁹ KMK: Hochschulfusionsbericht. Diagnose und Perspektiven, Berlin 2010

zellenstätte“,²⁰ wurde sie gleichsam zu *dem* Demonstrationsobjekt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft.²¹ Die Humboldt-Universität konnte aus Privatisierungserlösen des Bundes durch einen bisher nie gekannten Mitteleinsatz in wenigen Jahren zu einem „deutschen Harvard oder Princeton“ ausgebaut werden, wie der Sonderbeauftragte im Bundeskanzleramt für die Umsetzung des Nationalen Bildungspaktes, Thomas Oppermann (SPD), unterstrich.²²

Neben die „einstufungsdifferenzierte Hochschulentwicklung“, wie es in der Terminologie des Nationalen Bildungspaktes heißt,²³ tritt unterdessen auch eine deutlich differenzierte Entwicklung der einzelnen Fächer und Disziplinen. Intensive Fächerkonkurrenz hat zu ausgeprägten Profilbildungen an den Hochschulen geführt. Das noch bis weit ins 20. Jahrhundert vorherrschende Ideal der Volluniversität gilt für die unteren Hochschulkategorien längst nicht mehr – es wurde abgelöst vom immer noch strittigen²⁴ Konzept des nachfragezentrierten Fächerangebots. Zwar sind zeitweise Fehlentwicklungen in diesem Bereich nicht zu leugnen: Die Strategie kleinerer Universitäten, sich von kostenstarken, aber nachfrageschwachen Bereichen der Naturwissenschaften zugunsten der expandierenden Managementwissenschaften zu trennen, hat die Bundesregierung veranlasst, das vor allem von Vertretern der Chemie und Physik unterstützte Sonderprogramm „Science“ auszuloben, ein zweites Sonderprogramm „Universitas“ ist im vorigen Jahr begonnen worden. Damit sollen bestimmte kleinere Fächer zumindest an drei deutschen Hochschulen der Kategorie „Nationales Hochschulzentrum“ oder höher vorgehalten werden. Zweifellos hat der zunehmende Anteil der Eigenfinanzierung

²⁰ Peter Gaetgens: Nicht in den kühnsten Träumen. Zur Entwicklung der FU Berlin und der Humboldt-Universität, Berlin 2008

²¹ So Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner so genannten „Brandrede“ zur Berlin-Krise: „Wir müssen die Hauptstadtkrise als einmalige Chance für eine nationale Bildungspolitik sehen.“, Berlin 2005, S. 14

²² Zuletzt Thomas Oppermann: „Die Implementierungsprobleme überwinden!“, in: Wilhelm Krull: Fünf Jahre „Nationaler Bildungspakt“, Hannover 2011, S. 45-62

²³ Gerhard Schröder: Chefsache „Nationaler Bildungspakt“. Zukunftsentwurf für das deutsche Hochschulsystem, a.a.O.

²⁴ Siehe Michael Daxner: Marktverdummungen. Hochschulen im Wettbewerb, Reinbek 2009; Ulrich K. Preuß: Wissenswirtschaft. Von der alten Gelehrtenrepublik zur Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 2008; siehe McKinsey: Zur Nachfrageentwicklung einzelner wissenschaftlicher Fächer, Berlin 2009

der Hochschulen durch Studiengebühren vielerorts zu einer flexiblen Anpassung an die Fächernachfrage der Studierenden geführt.

Autonomien

Ohne wirkliche institutionelle Autonomie und eine neue rechtliche Verfassung der einzelnen Hochschulen wäre die revolutionär anmutende Entwicklung im Hochschulsektor nicht möglich gewesen. Niedersachsen schuf bereits 2002 die Voraussetzungen für die Umwandlung von Hochschulen in Stiftungsuniversitäten,²⁵ seither wird von dieser Option rege Gebrauch gemacht. Darüber hinaus bildete die Errichtung der International University Bremen, der heutigen Daimler-Chrysler-University, den Auftakt zu einer Folge von Rechtsform-Experimenten.²⁶ Allein die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind als öffentliche Anstalten verfasst, alle anderen Bundesländer haben ihre Hochschulen in gemeinnützige GmbHs oder Stiftungen des öffentlichen Rechts umgewandelt. Besonders Interesse gilt derzeit den Universitäten Bayerns, von denen einige - nach ihrer Überführung in Aktiengesellschaften - nun den Börsengang wagen wollen.²⁷ Abgesichert wurde diese Entwicklung durch eine Reform des Insolvenzrechtes: Eine Sonderregelung für Hochschulen macht es möglich, dass Probleme bei den vermehrt auftretenden Schließungen kleinerer Hochschulen bewältigt werden können.²⁸

Verbunden mit einer gewandelten Rechtsform erhielten die Hochschulen nie gekannte institutionelle Autonomie - mit der Verfügung über Personal, Studiengangsangebot, Berufungspolitik, Gebäude und Grundstücke. Die neuen Möglichkeiten werden intensiv genutzt. Die Chancen einer Übertragung von Liegenschaften auf die Hochschule zeigen sich insbesondere am Beispiel Hamburg. Dort verkaufte die Universität unlängst ihre innerstädtisch gelegenen Grundstücke mit hohem Erlös an ei-

²⁵ Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): *Stiftungshochschulen. Wege zur Entstaatlichung der Hochschulen. Dokumentation des Symposiums in Hannover, 16. Januar 2002*

²⁶ Fritz Schaumann: *Neue Chancen im internationalen Wettbewerb*, Bremen 2004

²⁷ Monika Hohlmeier: *Die U-Aktie – Eine Investition in Deutschlands Bildungszukunft*, München 2011

²⁸ Frank Ziegele: *Universitäre Insolvenzverwaltung*, in: *Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht* 16 (2006), S. 13-17

nen ausländischen Investor und errichtet derzeit auf einem Gelände nördlich der Innenstadt die Universität von Grund auf neu.²⁹

Die Personalhoheit der Hochschulen gewinnt nach der großen Personalstrukturreform besondere Bedeutung - unterdessen gehört das Beamtenrecht an Hochschulen der Vergangenheit an. Seit vier Jahren werden Professoren generell nur noch nach dem Wissenschafts-Angestellten-Tarif (WAT) eingestellt, die Richtlinie der Europäischen Union für ein einheitliches Arbeitsrecht im Öffentlichen Dienst der Mitgliedsländer schuf dafür die rechtlichen Voraussetzungen. Nach größeren Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft ver.di konnte der einheitliche Wissenschafts-Angestellten-Tarif vor drei Jahren abgeschlossen werden.³⁰ Die zunächst nur an privaten Hochschulen übliche Praxis, jenseits dieses neuen Tarifrechts auch freie Verträge über Forschungs- und Lehrleistungen zu vereinbaren, wird zunehmend auch für staatliche Hochschulen attraktiv. Schließlich hat sich der Kampf um Spitzenforscher deutlich verschärft. Ohne Joint-Ventures mit prominenten Firmen sind heute in einigen Fächern keine Lehrstühle mehr zu besetzen. Eine kleine Wissenschaftler-Spitzengruppe, die sich aus Professoren aktueller Trendfächer bzw. wirtschaftlich höchst wichtiger Bereichen der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie aus dem sonstigen Fächerspektrum der Universitäten zusammensetzt, verdient besonders viel. Die Professorenschaft in den Regionalhochschulen kann dagegen als Verlierer des Modernisierungsprozesses angesehen werden. Von Seiten dieser gleichsam „degradierten“ Akademiker hat es vereinzelt Proteste gegeben, die in die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der regionalen Hochschullehrer“ mündeten. Ihre Versuche, sich mit jenen Teilen der Professorenschaft zu verbünden, die an den Hochschulen der oberen Kategorien gegen Eingriffe der Hochschulleitungen in die Forschung vorgingen, scheiterten an den Statusunterschieden. Bei allen Bestrebungen, zu einer institutionell wirklich autonomen Hochschule zu gelangen, muss es doch bedenklich stimmen, dass die Autorität der Präsidenten bzw. Vorstandsvorsitzenden der Exzellenzhochschulen aufgrund der starken Stellung der Hochschulräte gefährdet ist.

²⁹ Jürgen Lühje: Hamburg hat es gewagt!, in: DUZ 12/2010, S. 18

³⁰ ver.di: Der neue WAT, Berlin 2008

Rekrutierungen

Auch im Berufsrecht hat es grundlegende Veränderungen gegeben. Jede Hochschule fragt heute bei der Besetzung von Professorenstellen selbstverständlich bei den Besten des jeweiligen Fachgebietes an. Das Ausschreibungsverfahren ist generell um ein Rufverfahren ergänzt worden, das vorschreibt, die ersten zehn Personen auf der europäischen Rangliste und die ersten fünf der nationalen Rangliste des betreffenden Faches/Forschungsgebietes zur Bewerbung aufzufordern. Die Streitigkeiten um die Fächerranglisten, die in den ersten Jahren fast zum Scheitern dieser Verfahrensneuregelung geführt hätten, sind abgeklungen. Die „Stiftung Forschung“, die neben der „Stiftung Bildung“ die Ranglistenzusammenstellung im Hochschulbereich übernimmt, genießt seit ihrer Integration in den Verbund europäischer Forschungsbewertungseinrichtungen allgemeine Anerkennung.³¹ Die Zahl der Klagen von Forschern gegen ihre Einstufung ist in jüngster Zeit deutlich zurückgegangen, denn zu Beginn eines jeden Jahres läßt die Stiftung Forschung den Professoren ihre Rangplatzierung sowie die zugrunde liegenden Daten mit der Bitte um Überprüfung zukommen. So können Klassifizierungskonflikte frühzeitig verhindert werden. Weiterhin umstritten ist im Rat der Stiftung Forschung, welche Forschungsfelder als „Ranking-fähig“ angesehen werden, d.h. welche Subdisziplinen und Forschungsgebiete eigene Ranglisten erhalten. Die Tendenz zur Erhöhung der Anzahl der Ranglisten hält an.

Als vor kurzem bei einem schlicht gehaltenen Festakt das endgültige Ende der Habilitation begangen werden konnte, dominierte die Freude über die gelungene Neuordnung der Nachwuchsförderung - abgesehen von Protesten einer kleinen Gruppe „Humboldt heute“. Die Juniorprofessur ist zum Erfolgsmodell geworden: Schon frühzeitig entscheidet sich, wer die Hochschullehrerlaufbahn einschlägt. Zwar gibt es immer wieder Hinweise, dass Universitäten versuchen, Hausberufungen durchzusetzen oder ausländische Bewerber zu benachteiligen, doch schafft die Regulierungsbehörde mit ihrem wettbewerbspolitischen und Verbraucherschutzrechtlichen Instrumenten den erforderlichen Druck.³² Auf der anderen Seite gibt es fortgesetzte Klagen, inländische Bewerber hätten aufgrund

³¹ BMBF/Stiftung Forschung (Hrsg.): Mut zur Qualität. Deutschland braucht die besten Köpfe, Berlin 2007

³² Nationale Regulierungsbehörde Bildungsmarkt: Jahresbericht 2010, Berlin 2011

ihrer Voraussetzungen weniger Chancen als Bewerber aus den USA bzw. anderen EU-Staaten.³³

Wettbewerbe

Die Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde, geschaffen im Rahmen des „Nationalen Bildungspaktes“, übernimmt heute wichtige Aufgaben in der Gestaltung des Wettbewerbes zwischen den Hochschulen.³⁴ Zum einen überprüft sie - nach Aufhebung der letzten Landesgebührenordnungen 2008 - die von den Hochschulen erhobenen Gebühren auf ihre Wettbewerbskonformität. Zum anderen sichert sie die Konformität der deutschen Hochschulentwicklung mit den Anforderungen des europäischen und internationalen Wettbewerbsrechts. Die GATS-Verhandlungen zur Dienstleistungsliberalisierung im Rahmen der World Trade Organization hatten ja bereits im Jahre 2006 ergeben, für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen eine zwanzigjährige Übergangszeit zur Einführung vollständigen Freihandels vorzusehen – mit einer Festlegung von jährlich steigenden Quoten für ausländische Anbieter.³⁵ Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich 2011 die Auslandsquote um zwei Prozentpunkte auf jetzt 6 Prozent. Es wird allgemein erwartet, dass sich die Qualitätsanbieter Harvard und Chicago sowie der Massenanbieter Phoenix - nach der Übernahme durch ein Medienunternehmen nunmehr unter dem Namen Warner Education firmierend - den zusätzlichen Marktanteil sichern können. Die Wettbewerbsklagen der britischen Open University und die Sammelklage der australischen Universitäten wegen Wettbewerbsbehinderung sind nach dem Scheitern des Widerspruchsverfahrens bei der Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde nun bei den ordentlichen Gerichten anhängig.

Bestrebungen, die Übergangsphase zur vollen Marktliberalisierung weiter zu strecken oder gar eine GATS-Revisionsrunde in Gang zu setzen, sind gescheitert. Stattdessen wird versucht, die Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde gezielt zu beeinflussen und deren Demokratisierung

³³ Forderungen nach Quotierung weist EU-Kommissar Stig Ekman energisch zurück (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 2011).

³⁴ Volker Then: Die Bildungsmarkt-Regulierungsbehörde im Kontext des deutschen Verwaltungssystems, in: Die Verwaltung 42 (1) 2009, S. 34-61

³⁵ WTO: Sidney Ministerial Declaration, 20. Oktober 2006

zu fordern.³⁶ Durch das überraschende Engagement von Bertelsmann bei der Humboldt-Universität zu Berlin haben die Befürchtungen, dass der Prozess der Vermarktlichung zu weit gehen könnte, neuen Auftrieb erhalten. Selbst Skeptiker räumen ein, dass es gelungen sei, anfänglich auftretende negative Begleiterscheinungen der Privatisierung einzelner Bildungseinrichtungen³⁷ zu beseitigen. Zudem reagierte die Politik auf die Skandale um das Kuratorium einer Technischen Universität im Jahre 2008 mit einem überzeugenden Hochschul-Antikorruptionsgesetz, dessen strikte Regelungen international als vorbildlich gelten können.³⁸

Im Weiterbildungssektor konnten die Hochschulen gegenüber nicht-hochschulischen Anbietern weiter deutlich gewinnen, haben aber auch hier zunehmend Konkurrenz aus den angelsächsischen Ländern zu gewärtigen. Der verstärkte Einstieg der Universitäten in den Weiterbildungsmarkt erfolgte, als die Anrechenbarkeit von Weiterbildungsveranstaltungen auf das Lehrdeputat der Professorenschaft deren nachhaltiges Interesse weckte.³⁹ Verbunden mit dem monetären Anreiz der Beteiligung an den Veranstaltungsgebühren setzte eine auch als „Flucht in die Weiterbildung“⁴⁰ bezeichnete Bewegung ein. Nach anfänglichen Problemen, das grundständige Studium im gewohnten Umfang aufrechtzuerhalten, ist heute eine angemessene Verteilung zwischen BA-Lehre (ca. 50%), MA-Doktoranden/Postdoktoranden-Studium (ca. 20%) und Weiterbildung (30%) erreicht. Die Fortentwicklung des vormaligen Seniorenstudiums und des Gasthörerstatus zur Einrichtung des „Bildungsstudiums“⁴¹ hat den Hochschulen weitere Nachfrageschichten erschlossen, führte allerdings in einigen Orten zur Schließung der Volkshochschulen.

³⁶ Oskar Negt: Endlich Demokratie wagen, Köln 2009

³⁷ Ingrid Lohmann, Rainer Rilling (Hrsg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen 2002

³⁸ Hochschulantikorruptionsgesetz in: Bundesgesetzblatt Nr. 30 vom 24. Juni 2008

³⁹ Rüdiger Vorwärts: „Weiter voran mit der Weiterbildung“, in: DUZ 12/2005, S. 18

⁴⁰ Jürgen Kaube: „Flucht in die Weiterbildung“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. September 2006

⁴¹ Zur Einführung dieses Begriffs und der Geschichte des Seniorenstudiums vgl. Dietrich Schwanitz/Petra Gerster: Generationenvertrag Lernen. Wie wir die Bildungszukunft unserer Eltern sichern, Frankfurt a.M. 2008

Rationalisierungen

Heute stammen nur noch 70% der Einnahmen bundesdeutscher Hochschulen aus öffentlichen Mitteln. Neben Studiengebühren, Drittmitteln von privater Seite und Spenden/Sponsoring konnten nach Aufhebung der steuerrechtlichen Beschränkungen in der 2009 verabschiedeten zweiten Hochschulfinanzreform, die die Maßnahmen der ersten Finanzreform - eines Bestandteils des Nationalen Bildungspaktes - ergänzte, auch die Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung (darunter Merchandising) entscheidend gesteigert werden.⁴²

Für den Ruf der deutschen Hochschulen zentral waren aber nicht allein diese finanziellen Verbesserungen. Die Internationalisierung der Studiengänge im Gefolge des Bologna-Prozesses führte zu einem grundlegenden Wandel im Lehrbetrieb. Eine Vielzahl neuer Studienfächer und Abschlüsse entstand, die Lehre wurde auf ausbildungs- und abschlussrelevante Themen konzentriert und in ihrer Gestaltung auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet. Je Studienjahr werden Lehrberichte und Lehrveranstaltungsevaluationen vorgelegt. Begutachtungen von Studiengängen erfolgen im Drei-Jahres-Rhythmus. Lehr- und Forschungseinheiten werden im Rahmen von externen Forschungs- und Systemevaluationen bewertet. Die meisten Universitäten führen ein internes jährliches System einer alle Fächer, Studiengänge und Forschungszentren umfassenden Statusanalyse durch, um frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Der Erfolg dieser systematischen Innovationspolitik in Lehre und Studium: Zwischen 2000 und 2006 konnten bereits weit über zweitausend neue BA/MA-Studiengänge akkreditiert werden, seitdem hat sich ihre Zahl verdreifacht. Heute existieren nur noch einige hundert Magister- und Diplomstudiengänge. Die Übergangsquote von BA-Absolventen zu MA-Studierenden liegt zur Zeit bei 33%, eine Zahl, die noch als zu hoch eingeschätzt wird.⁴³ Der Wechsel zu europäischen Studiengängen gestaltet sich zunehmend erfreulich, auch wenn die Verpflichtungen aus Bologna II, bis 2015 75% aller Studiengänge in europäische (Studium in drei Ländern der EU) Studiengänge umzuwandeln, noch nicht sicher erreicht werden können. Die Durchführung einer Wiederholungsstudie zum

⁴² Hochschulfinanzbericht 2011, Berlin 2012

⁴³ Hans-Olaf Henkel: Unentwegte Einmischungen, in: Berliner Zeitung, 23. Mai 2011

Kenntnisstand der deutschen Hochschulabsolventen (ATLANTIS II) ist zurzeit noch strittig.

Rücksichten

Ende des 20. Jahrhunderts waren vielerorts Einwände gegen die wettbewerbsgeprägte Zukunft des Hochschulsektors zu vernehmen. „Staatliche und öffentliche Bildungseinrichtungen sind, historisch betrachtet, ein transitorisches Phänomen. Da wo sie am längsten bestehen, sind sie kaum älter als zweihundert Jahre, und sehr viel älter werden sie wohl nicht werden“,⁴⁴ lautete eine pessimistische Prognose, überboten von antikapitalistischen Verschwörungstheorien, die nicht von einer Privatisierung und Liberalisierung sprachen, sondern von der „Kolonisierung des Bildungswesens“ durch das Kapital: „Besteht das Geheimnis der vielgepriesenen Wissensgesellschaft vielleicht gerade darin, dass mit ihr eine Zurichtung der Köpfe gemeint ist, die sie unweigerlich zur Selbstdarbietung gegenüber dem Kapital veranlasst?“⁴⁵

Differenziert argumentierte damals der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof und verwies auf das Spannungsverhältnis von Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat: Die Wissenschaft brauche Köpfe, Kapital und einen Kulturauftrag - Erkenntnis- und Wahrheits-suche entzögen sich gerade dem Nützlichkeitsgedanken.⁴⁶ Professoren trugen ihren Beharrungs-Optimismus vor, wenngleich in seiner verhaltenen Version: „Nun haben die Universitäten freilich schon vieles ausgeessen“.⁴⁷ Die meisten dieser skeptischen bis hyperkritischen Ansichten sind heute widerlegt, auch wenn es hier und da noch einzelne Vertreter dieser Positionen geben mag. Dagegen hat sich die frühe Diagnose des Liberalen Lord Ralf Dahrendorf bewahrheitet, dass die Universität zum „Warenhaus der Wissenschaft“ werde. Sein pragmatisches Credo: Die

⁴⁴ Lohmann/Rilling (Hrsg.), a. a. O., S. 104

⁴⁵ Ebenda, S. 297

⁴⁶ Siehe Frankfurter Rundschau, 21. März 2002

⁴⁷ Wolfgang Schieder: Bürokratie statt Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung, 16. April 2002

Angst vor der Wirtschaft gehöre einem vergangenen ideologischen Zeitalter an.⁴⁸

⁴⁸ Frankfurter Rundschau, a. a. O.